

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Wortlaut der Kleinen Anfrage

des Abgeordneten Christian Meyer (GRÜNE), eingegangen am 10.05.2010

Welche Folgen hat der von der Landesregierung unterstützte Großschlachthof der Firma Rothkötter auf den Ausbau der Massentierhaltung in allen Teilen Niedersachsens?

Angesichts der aktuellen Debatten um sogenannte Hühner-Highways und den Ausbau der Massentierhaltung in vielen Teilen Niedersachsens soll durch diese Anfrage ein Überblick über die reale und geplante Stallbautätigkeit in Niedersachsen geschaffen werden (vgl. Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Erneuter Stallbauboom und vermehrte Billigfleischproduktion in Niedersachsen zulasten der Bürgerinnen und Bürger sowie des Tier- und Umweltschutzes?“).

Allein der von der Firma Rothkötter geplante, umstrittene Schlachthof bei Wietze (Landkreis Celle) soll nach Betreiberangaben eine Kapazität von 135 Millionen getöteten Tieren pro Jahr erreichen. Um diese Kapazität zu erfüllen, sollen nach Presseberichten im Umfeld des Schlachthofes über 400 zusätzliche Geflügelfabriken mit je ca. 40 000 Masthühnern notwendig sein.

Nach Drs. 16/2397, S. 48, lagen im Januar 2010 Voranfragen und Anträge nach Bau- und Immissionsschutzrecht in ganz Niedersachsen für 305 Hühnergroßmastanlagen mit 13,47 Millionen Tierplätzen vor. Die regionale Verteilung und ihre Auswirkungen auf Anwohner, Umwelt, Tierschutz, Tourismus, Lebensqualität und bäuerliche Erwerbsstrukturen gehen daraus nicht hervor.

Außerdem ist fraglich, ob der Ausbau der Massentierhaltung in Niedersachsen mit der Richtlinie 2001/81/EG vereinbar ist, mit der Emissionshöchstmengen für bestimmte Schadstoffe, u. a. Ammoniak, festgelegt sind, die bis 2010 zu erreichen sind und danach nicht mehr überschritten werden dürfen. Für Deutschland wurde eine jährliche Obergrenze von 550 000 t festgelegt. Nach Abschätzungen der Bundesregierung wird die zulässige Höchstmenge jedoch im Jahre 2010 um mehr als 60 000 t überschritten. Die Bundesregierung hat daher im Nationalen Programm für die Reduzierung von Ammoniakemissionen aus Tierhaltungsanlagen u. a. die Reduzierung der Stallplatzzahlen und die Versagung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungen angekündigt.

Nach Angaben des Niedersächsischen Umweltministeriums wird „Niedersachsen daher als Agrarland Nummer eins zunehmend unter Druck geraten.“

(vgl. http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C59385505_L20.pdf)

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Geflügelstallbauten mit wie vielen Stallplätzen (bitte aufgeschlüsselt nach Geflügelarten, Landkreisen und jeweiliger Größe, bei Legehennen bitte Haltungsform)
 - a) bestanden zum 31.12.2008,
 - b) wurden im Jahre 2009 genehmigt,
 - c) sind zurzeit im Verfahren?
2. Wie viele Geflügelmastställe, die sich am 31.12.2008 im Genehmigungsverfahren befunden hatten, wurden im Jahr 2009
 - a) genehmigt,
 - b) befinden sich weiterhin im Verfahren,
 - c) sind an den Genehmigungshürden gescheitert oder wurden zurückgezogen?
3. Was waren die Hauptgründe für die Ablehnung von Stallbauanträgen?

4. Wie hoch ist der Anteil Niedersachsens an den nationalen Ammoniakemissionen, wie viel entstammt davon aus der Tierhaltung?
5. Sieht die Landesregierung einen Widerspruch zwischen dem Ausbau der Massentierhaltung und der geforderten Senkung der Ammoniakemissionen aus Tierhaltungen?
6. Wie will die Landesregierung ihren Beitrag zur Einhaltung der EU-Vorgaben bezüglich der Reduzierung der Ammoniakemissionen aus der Tierhaltung erfüllen?
7. Meint die Landesregierung, dass die EU-Höchstwerte für Ammoniak Ende 2010 eingehalten werden?
8. Welche Maßnahmen denkt das Land Niedersachsen in naher Zukunft diesbezüglich umzusetzen?
9. Hat das Land Niedersachsen als viehreichstes Bundesland auf Bundesebene Vorschläge zur Reduktion der Ammoniakemissionen aus Tierhaltungen gemacht?
10. Welche Vorschläge und Forderungen hat die Bundesregierung gegenüber dem Land Niedersachsen erhoben, um die geforderte Reduzierung der Ammoniakemissionen zu erreichen?
11. Teilt die Landesregierung die zitierte Auffassung des Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz, dass Niedersachsen als Agrarland Nummer eins angesichts der zu erwartenden Überschreitung der Ammoniakhöchstmenge „zunehmend unter Druck geraten“ wird?